



IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut
Preußischer Kulturbesitz
Berlin

Heft 4

Juni 2000

Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko

Ein kurzer Bericht vor den Wahlen

Raúl Trejo Delarbre



Raúl Trejo Delarbre, Forscher am *Instituto de Investigaciones Sociales* der UNAM (*Universidad Nacional Autónoma de México*); Direktor der Wochenzeitung *etcétera*; politischer Kolumnist der Tageszeitung *La Crónica de Hoy*.

This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:
<www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>





Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein disziplinenübergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können auch über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden:
(<http://www.iberio-analysen.de>).

Redaktion

Dr. Peter Birle
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Referat Forschung und Projekte
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 2662515
Telefax: 030 – 2662503
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 2000

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-9803291-7-8

Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko.

Ein kurzer Bericht vor den Wahlen

Raúl Trejo Delarbre

Wir Mexikaner sind begeistert von den zahlreichen außergewöhnlichen Ereignissen des vergangenen Jahres. Zum ersten Mal wurde ein Präsidentschaftskandidat der Partei der Institutionalisierten Revolution (*Partido Revolucionario Institucional*, PRI) nicht durch den traditionellen und immer mehr in Misskredit geratenen „*dedazo*“ (die direkte Ernennung durch den amtierenden Staatspräsidenten) bestimmt, sondern im Rahmen einer Vorwahl, an der sich alle Anhänger der PRI beteiligen konnten. Niemals zuvor regierten in derart vielen Bundesstaaten Gouverneure, die von anderen Parteien gestellt wurden: in 11 der 32 mexikanischen Bundesstaaten amtieren gegenwärtig Gouverneure, die der Nationalen Aktionspartei (*Partido Acción Nacional*, PAN) oder der Partei der Demokratischen Revolution (*Partido de la Revolución Democrática*, PRD) angehören. Niemals zuvor existierte im Abgeordnetenhaus ein solches Gleichgewicht zwischen Parteigängern der PRI und oppositionellen Kräften. Zur Zeit verfügt die PRI nicht einmal über die Hälfte der 500 Abgeordneten dieser Kammer, sie kontrolliert allerdings den Senat. Niemals zuvor haben die Massenmedien einen Wahlkampf mit einer derartigen Meinungsvielfalt begleitet, wie wir dies gegenwärtig erleben. Und vor allem: Niemals zuvor in den 71 Jahren ihres Bestehens bestand für die Partei der Institutionalisierten Revolution ein derart reales Risiko, eine Präsidentschaftswahl zu verlieren.

Die Möglichkeit, dass Mexiko schon bald einen Präsidenten haben könnte, der nicht jener Partei angehört, die uns während des größten Teils des 20. Jahrhunderts regiert hat, ist nicht mehr nur – je nach eigenem politischem Standpunkt – eine Spekulation oder ein frommer Wunsch. Wenige Wochen vor den Wahlen am 2. Juli zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem PAN-Kandidaten Vicente Fox Quesada und dem PRI-Kandidaten Francisco Labastida Ochoa ab.

1. Das Ende der klaren PRI-Mehrheiten

Zu den Merkmalen jedweder modernen Demokratie gehört ein politischer Pluralismus, der durch einen authentischen Wettbewerb zwischen Parteien gestützt wird. In Mexiko existierte

eine solche Vielfalt bis vor wenigen Jahren nicht. Zu den zentralen Merkmalen unseres politischen Systems gehörte die Vorherrschaft eines autoritären, aber durch den Konsens der Bürger aufrechterhaltenen Präsidentialismus und einer Mehr-

Die im März 1929 gegründete PRI regierte ohne größere Brüche bis weit in die 80er Jahre. Aus ihr gingen 13 Präsidenten hervor, die Mexiko zwischen 1930 und 2000 regierten.

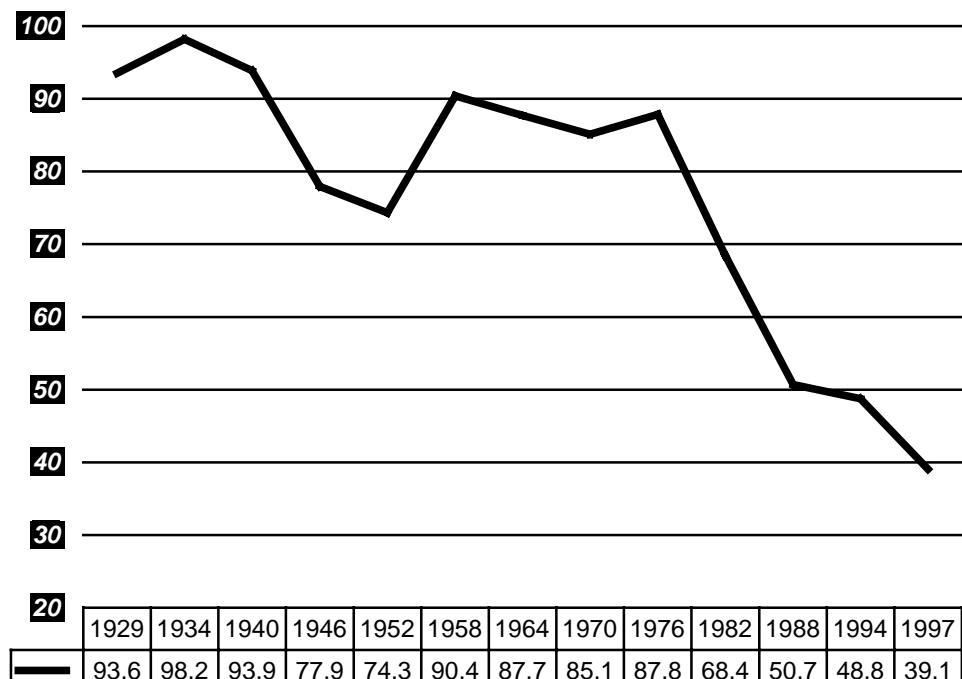
heitspartei ohne ernstzunehmende Konkurrenz.

Die Hegemonie der PRI bestand fast sieben Jahrzehnte lang ohne größere Veränderungen. Ihre Fähigkeit, die Dominanz innerhalb des politischen Systems aufrechtzuerhalten, war schwer zu verstehen und zu erklären – und zwar nicht nur im Ausland, sondern auch im Land selbst. In einigen Fällen fälschte die PRI Wahlergebnisse, die ihr nicht genehm waren. Aber meistens war es überhaupt nicht notwendig, auf illegale Instrumente zur Aufrechterhaltung ihrer Vormachtstellung bei Wahlen zurückzugreifen. Die Mehrheit der Mexikaner wählte die PRI, um die Kontinuität der Wirtschaftspolitik und die soziale Stabilität

zu gewährleisten. Zudem gab es keine ausreichend soliden Alternativen, die über eine nationale Präsenz verfügt hätten und dazu in der Lage gewesen wären, sich gegenüber den Bürgern als Regierungsoption zu präsentieren.

Die im März 1929 gegründete PRI regierte ohne größere Brüche bis weit in die 80er Jahre. Aus ihr gingen 13 Präsidenten hervor, die Mexiko zwischen 1930 und 2000 regierten. Das folgende Schaubild zeigt die Stimmenentwicklung der PRI bei Präsidentschaftswahlen. Um diese Entwicklungen mit den jüngsten Trends auf Bundesebene vergleichen zu können, wurden auch die Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von 1997 berücksichtigt.

Schaubild 1: Die Wahlergebnisse der PRI aus sieben Jahrzehnten
(Angaben in %)



Quellen: Die Daten für die Jahre 1929 bis 1958 stammen aus: Juan Molinar Horcasitas: *El tiempo de la legitimidad. Elecciones, autoritarismo y democracia en México*, México 1991, S. 75; die Daten für die Jahre 1964-1994 stammen aus: Silvia Gómez Tagle: *La transición mexicana. Treinta años de elecciones en México*, El Colegio de México 1997, S. 42; Daten für 1997: Instituto Federal Electoral; alle Prozentangaben beziehen sich auf die Präsidentschaftswahlen, mit Ausnahme des Jahres 1997, für das die Wahlen zum nationalen Abgeordnetenhaus zu Grunde gelegt wurden.

Wie aus dem Schaubild hervorgeht, gab es bis in die 80er Jahre eine deutliche Vorherrschaft der PRI bei Wahlen. 1982 wurde Präsident Miguel de la Madrid mit weniger als 70% der Stimmen gewählt, eine bis zu diesem Zeitpunkt einmalige Einbuße von Wählerstimmen. Die vorhergehende Regierung unter José López Portillo hatte politische Reformen durchgeführt, die die Registrierung neuer – linker und rechter - Parteien ermöglichten. In der Folgezeit nahm die parlamentarische Präsenz der oppositionellen Kräfte zu. 1988 sah sich die PRI mit der Herausforderung durch eine Mitte-Links-Koalition konfrontiert. Sie wurde von Cuauhtémoc Cárdenas angeführt, der erst wenige Monate zuvor aus der PRI ausgetreten war. Glaubt man den – allerdings umstrittenen - offiziellen Ergebnissen, so erzielte der PRI-Kandidat Carlos Salinas de Gortari bei dieser Wahl einen Stimmenanteil von fast 50% der registrierten Wähler. Sechs Jahre später (1994) wurde Ernesto Zedillo Ponce mit knapp 49% der Stimmen zum Präsidenten gewählt, aber in transparenteren Wahlen, die sich nicht mit größeren Manipulationsvorwürfen konfrontiert sahen. Man hatte eine grundlegende Reform durchgeführt, durch die die Oberste Wahlbehörde, das *Instituto Federal Electoral*, dessen Aufgabe die Organisation und Überwachung der Wahlen ist, in die Obhut unabhängiger und überparteilicher Berater überging. Bei den Wahlen von 1997 erzielte die PRI den geringsten prozentualen Stimmenanteil, den sie jemals bei nationalen Wahlen er-

reichte. In jenem Jahr konnte sich Cuauhtémoc Cárdenas als Kandidat der PRD für die Regierung von Mexiko-Stadt durchsetzen. Zum ersten Mal wurde diese Position durch allgemeine Wahlen vergeben. Seit Anfang des Jahrhunderts hatten die Staatspräsidenten den Bürgermeister der Hauptstadt ernannt.

Der Rückgang der Stimmanteile der PRI ging mit einem Anstieg der oppositionellen Stimmenzahlen einher. In den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erlebte das mexikanische politische System drei große Transformationsprozesse: die Konsolidierung von drei nationalen Parteien anstelle einer einzigen; die Reform der Wahlgesetzgebung und ein neues Vertrauen der Bürger in die Wahlprozesse.

2. Die PAN regiert sechs Bundesstaaten

Die im September 1939 mit einem Mitte-Rechts-Profil gegründete Nationale Aktionspartei PAN erzielte bis 1986 nur bescheidene Stimmanteile, ihre Präsenz blieb weitgehend auf die wichtigsten Städte beschränkt. Erst ab 1986 erwies sich die Partei bei einer Reihe von Kommunalwahlen als ernsthafter Konkurrent der PRI, vor allem in Bundesstaaten wie Chihuahua im Norden des Landes. Stück für Stück gelang es ihr, von der Unzufriedenheit breiter Segmente der mexikanischen Mittelschichten zu profitieren, vor allem aufgrund der gegen die PRI-Regierungen gerichteten Vorwürfe wegen Amtsmissbrauch und Korruption.

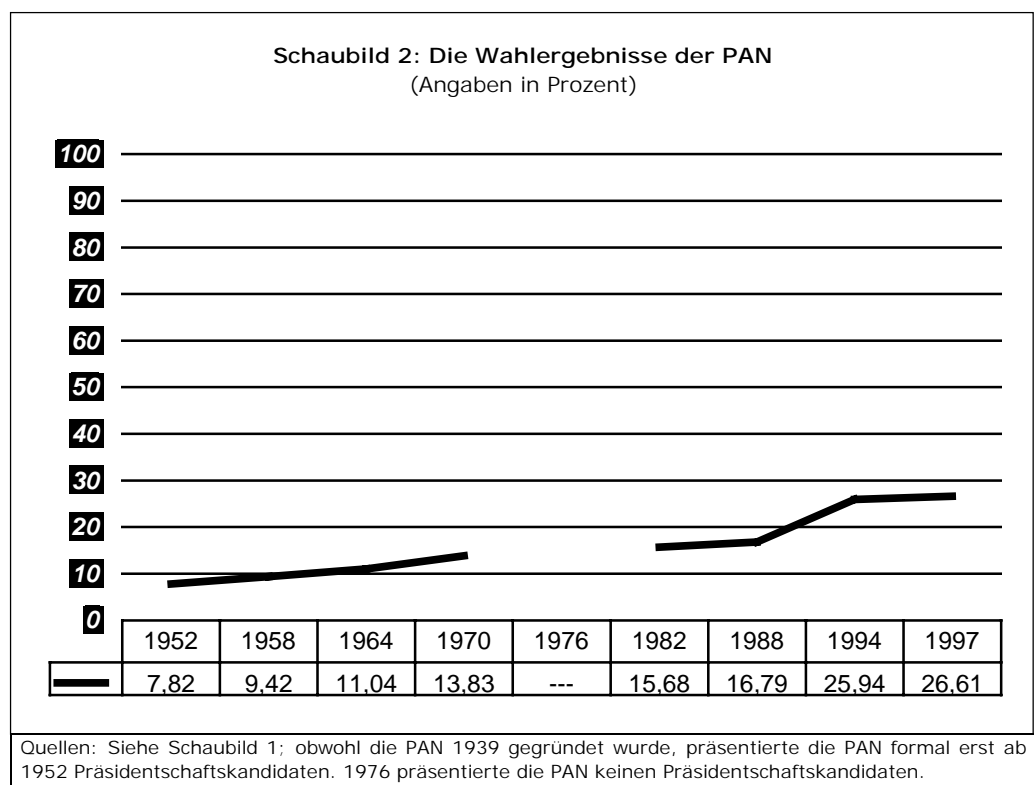
In den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erlebte das mexikanische politische System drei große Transformationsprozesse: die Konsolidierung von drei nationalen Parteien anstelle einer einzigen; die Reform der Wahlgesetzgebung und ein neues Vertrauen der Bürger in die Wahlprozesse.

Je mehr die PAN Regierungspositionen erobern konnte, desto stärker überwand sie das Image einer kleinen Partei mit einer beschränkten Anzahl von aktiven Anhängern, deren Aktivitäten sich fast ausschließlich zu Wahlkampfzeiten entfalteten.

Je mehr die PAN Regierungspositionen erobern konnte, desto stärker überwand sie das Image einer kleinen Partei mit einer beschränkten Anzahl von aktiven Anhängern, deren Aktivitäten sich fast ausschließlich zu Wahlkampfzeiten entfalteten. Die sozial-christliche Ideologie, die die PAN zunächst auszeichnete, machte im Laufe der Zeit einem modernen Konservatismus Platz. Einige der traditionellen Führungspersonlichkeiten wurden durch Personen ersetzt, die dem unternehmerischen Liberalismus nahe standen.

Als erste Partei gelang es der PAN im Jahr 1989, die PRI bei

einer Regionalwahl zu besiegen: Baja California, im Nordwesten des Landes gelegen, wurde zum ersten von der Opposition regierten Bundesstaat. Gegenwärtig regiert die PAN sechs der 32 Bundesstaaten (Aguascalientes, Baja California, Guanajuato, Jalisco, Nuevo León, Querétaro), sie stellt 117 der 500 Mitglieder des Abgeordnetenhauses und 31 der 128 Senatoren. Aus dem folgenden Schaubild wird die Entwicklung der Stimmanteile der PAN bei Präsidentschaftswahlen (und bei den Parlamentswahlen von 1997) ersichtlich.



3. Die PRD regiert Mexiko-Stadt

Die andere große oppositionelle Gruppierung ist die PRD. Sie wurde 1989 von denjenigen politischen Kräften gegründet, die im Jahr zuvor die Präsidentschaftskampagne von Cuauthé-

moc Cárdenas unterstützt hatten. Bei der Gründung spielten vor allem zwei Strömungen eine wichtige Rolle: einerseits verschiedene linke Strömungen sozialistischer und kommunistischer Tradition unter Führung der Sozialistischen Partei Mexi-

kos (*Partido Mexicano Socialista*), andererseits ehemalige Mitglieder der PRI, die, angeführt von Cárdenas, für nationalistische und etatistische Überzeugungen eintraten. Diese heterogenen Gründungslinien und unterschiedlichen politischen Visionen brachten einen - nicht immer widerspruchsfreien - ideologischen Pragmatismus hervor und führten zu einer permanenten Konfrontation mit Regierung und PRI.

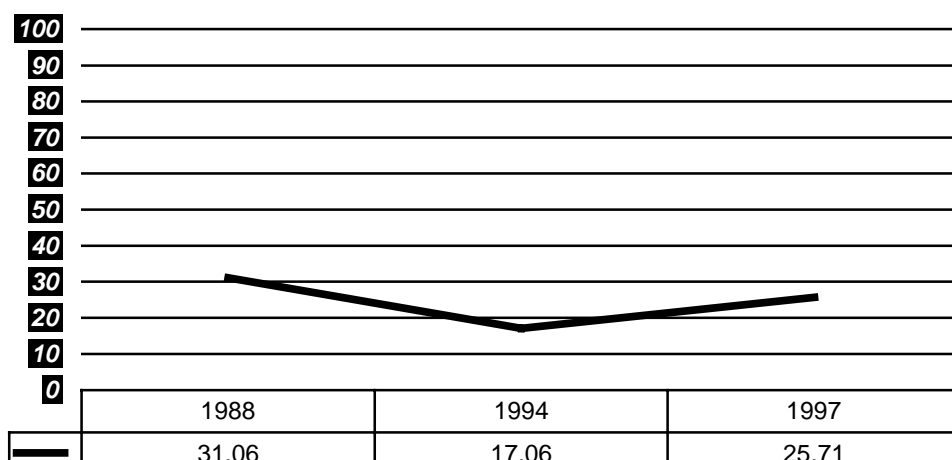
Im Jahr 1997 gewann die PRD die Wahlen in Mexiko-Stadt. Einmal abgesehen von der starken symbolischen Bedeutung, die diesem Amt zukommt, ist mit dieser Position auch die Zuständigkeit für den Haushalt und die Dienstleistungen der Millionenmetropole verbunden. Schätzungsweise neun Millionen Menschen leben im sogenannten *Distrito Federal*. Der für drei Jahre gewählte Cuauhtémoc Cárdenas übte die Regierungsgeschäfte in der Stadt nur knapp zwei Jahre lang aus, dann trat er zurück, um sich seiner Präsident-

schaftskandidatur zu widmen. Seine Nachfolgerin Rosario Robles, eine führende Persönlichkeit der PRD, war unter Cárdenas Generalsekretärin der Regierung.

Gegenwärtig regiert die PRD in vier von 32 Bundesstaaten (Baja California Sur, Tlaxcala, Zacatecas, Distrito Federal). Mit Ausnahme der Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt gehörten die PRD-Gouverneure früher der PRI an. Die PRD nahm sie auf, nachdem sie der PRI aus Protest gegen ihre Nichtnominierung als Kandidaten den Rücken zugewandt hatten. In einem weiteren Bundesstaat, in Nayarit, amtiert ebenfalls ein früheres PRI-Mitglied als Gouverneur. Er gewann die Wahlen für eine Allianz aus PRD und PAN. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1997 gewann die PRD 125 von 500 Mandaten (sie verfügt z. Z. über 122 Abgeordnete) und 15 von 128 Senatorenposten. Das folgende Schaubild zeigt die noch junge Wahlgeschichte der PRD.

Mit Ausnahme der Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt gehörten die PRD-Gouverneure früher der PRI an. Die PRD nahm sie auf, nachdem sie der PRI aus Protest gegen ihre Nichtnominierung als Kandidaten den Rücken zugewandt hatten.

Schaubild 3: Die Wahlergebnisse der PRD
(Angaben in Prozent)



Quellen: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Daten des Instituto Federal Electoral. Die Angabe für 1988 beinhaltet die Stimmen aller Parteien, die die Kandidatur von Cuauhtémoc Cárdenas unterstützten, die PRD wurde erst im darauffolgenden Jahr gegründet.

4. Die Startprobleme der Regierung Zedillo

PAN und PRD haben in verschiedenen Regionen Mexikos gezeigt, dass sie dazu in der Lage sind, der PRI Paroli zu bieten. Zweifellos bleibt die PRI die am stärksten verwurzelte Partei des Landes, auch wenn ihre Zustimmungsraten kontinuierlich – und phasenweise deutlich – zurückgegangen sind. Nach wie vor stellt sie in zwei Dritteln der Bundesstaaten die Regierung, 48% der Mandatsträger im Abgeordnetenhaus und 73 der 128 Senatoren gehören ihr an. Ihre wichtigste Regierungsposition ist natürlich die des Staatspräsidenten. Seit 1994 und noch bis zum 30. November 2000 liegt dieses Amt in den Händen von Ernesto Zedillo Ponce de León.

Zedillos Wahl fand unter schwierigen und konfusen politischen Rahmenbedingungen statt, vielleicht der problematischsten Situation überhaupt in der jüngsten mexikanischen Geschichte. Und doch konnte Zedillo einen hart umkämpften, aber deutlichen Triumph erzielen. Im Jahr seiner Wahl erlebte Mexiko eine tiefgreifende soziale und politische Krise. Anfang Januar 1994 brach der Aufstand des *Ejercito Zapatista de Liberación Nacional* (Zapatistisches Heer der Nationalen Befreiung; EZLN) los. Die Zapatisten stellten für die Regierung weniger auf der militärischen Ebene als auf dem Feld der Propaganda, wo sie sich als außergewöhnlich geschickt erwiesen, eine Herausforderung dar. Sechs Jahre später steht die

EZLN nach wie vor unter Waffen, aber lediglich in einer kleinen Region des Staates Chiapas, im Südosten Mexikos, mit einer nur sporadischen öffentlichen Präsenz.

Ebenfalls im Jahr 1994, und zwar am 23. März, wurde in Tijuana, im Norden des Landes, der Präsidentschaftskandidat der PRI, Luis Donaldo Colosio, ermordet. Obwohl der Täter unmittelbar nach dem Attentat verhaftet und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, gelangten die polizeilichen Ermittlungen niemals zu einem eindeutigen Ergebnis. So konnte nicht abschließend geklärt werden, ob es sich um einen Einzeltäter handelte oder ob der Mörder in Zusammenarbeit mit anderen Personen agierte.

Die Ermordung Colosios war für das politische System des Landes das dramatischste Ereignis der vergangenen Jahrzehnte. Wenige Tage später musste die PRI einen Ersatzkandidaten benennen. In dieser Situation wurden die Mitglieder der Partei nicht konsultiert, die Entscheidung traf einzig und allein der damals amtierende Staatspräsident Carlos Salinas. So wurde Ernesto Zedillo, ehemals Minister für Haushaltsangelegenheiten und Öffentliche Erziehung und zum Zeitpunkt des Attentats Wahlkampfkoordinator Colosios, zum neuen Kandidaten bestimmt. Im August 1994 gewann Zedillo die Wahlen mit etwas mehr als 50% der Stimmen, gegenüber 27% für den Kandidaten der PAN, Diego Fernández de Cevallos, und knapp 17% für

Zweifellos bleibt die PRI die am stärksten verwurzelte Partei des Landes, auch wenn ihre Zustimmungsraten kontinuierlich – und phasenweise deutlich – zurückgegangen sind. Nach wie vor stellt sie in zwei Dritteln der Bundesstaaten die Regierung, 48% der Mandatsträger im Abgeordnetenhaus und 73 der 128 Senatoren gehören ihr an.

Cuauhtémoc Cárdenas, den Kandidaten der PRD.

Die Regierung Zedillo begann mit Problemen. Nicht einmal einen Monat nach Übernahme der Amtsgeschäfte im Dezember 1994 geriet die mexikanische Wirtschaft in eine unerwartete Krise. Die von der Regierung Salinas hinterlassenen, außergewöhnlich günstigen finanziellen und wirtschaftlichen Perspektiven – unter anderem als Folge des 1994 in Kraft getretenen Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (*North American Free Trade Association*; NAFTA) – erwiesen sich als instabiler, als die Bürger und die Regierung selbst geglaubt hatten. Ende Dezember 1994 kursierten in der internationalen Finanzwelt Gerüchte über eine angebliche politische Instabilität Mexikos, und viele Kleinsparer, vor allem aus den USA, die in mexikanische Staatsanleihen investiert hatten, zogen ihr Kapital zurück.

5. Die Überwindung der Krise von 1995

Von einem Tag auf den anderen sah sich die Regierung mit einem schwerwiegenden monetären Ungleichgewicht konfrontiert. Im Januar 1995 verabschiedete die US-Administration ein Hilfspaket – das nicht vollständig umgesetzt wurde, aber von großer symbolischer Bedeutung war – in Höhe von 50 Milliarden Dollar. Für die mexikanische Wirtschaft begann ein Anpassungsprozess, der fast während der gesamten Amtsperiode Zedillos weitergeführt wurde. Die Geschichte des zeitweisen Zusammenbruchs der mexikani-

schen Wirtschaft ist lang, und dies ist nicht der Ort, um sie zu erzählen. Was die politischen Konsequenzen angeht, so sanken die Zustimmungsraten für die PRI in den schwierigsten Krisenjahren, zwischen 1994 und 1997, von 49% auf 39%.

Im Verlauf der beiden folgenden Jahre kam es zu einer zumindest teilweisen wirtschaftlichen Erholung. So konnte Ernesto Zedillo in seinem vorletzten Regierungsbericht am 1. September 1999 stolz auf eine Ausweitung der städtischen Dienstleistungen verweisen: „In den vergangenen fünf Jahren sind 8,3 Millionen Mexikaner zum ersten Mal an die Trinkwasserversorgung angeschlossen worden, und weitere 10,5 Millionen an die Kanalisation. 95% der Haushalte sind heute mit elektrischer Energie versorgt.“

Die offene Arbeitslosigkeit, von der im August 1995 7,6% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung betroffen waren, betrug im Juli 1999 nur noch 2,26%. Im gleichen Monat zählte das *Instituto Mexicano del Seguro Social*, die für die medizinische Versorgung der Arbeiter verantwortliche Bundesinstitution, mehr als 10.411.000 Mitglieder, die höchste Zahl in ihrer Geschichte. Selbstverständlich muss diesem auf optimistischen Daten beruhenden Panorama auch die andere Seite der mexikanischen Realität gegenübergestellt werden. Manche Leute behaupten, dass die Wirtschaftswissenschaften sich darauf verstehen, Daten zur Untermauerung jeder beliebigen Realität zu liefern. In Mexiko stehen genügend Daten zur

Die Regierung Zedillo begann mit Problemen. Nicht einmal einen Monat nach Übernahme der Amtsgeschäfte im Dezember 1994 geriet die mexikanische Wirtschaft in eine unerwartete Krise.

Insgesamt verzeichnete die mexikanische Wirtschaft während der Regierungszeit von Präsident Zedillo ein positives Wachstum. Aber all dies war auch mit Kosten verbunden. Die Restriktionen, die die Regierung zur Bekämpfung der Krise von 1995 erlassen hatte, bedeuteten für die Lohnabhängigen ein starkes Opfer.

Verfügung, die das Fortbestehen der sozialen Ungleichheit dokumentieren, genauso wie Zahlen, die auf eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung verweisen, je nachdem, wie man es sehen will. Trotz der finanziellen Schwierigkeiten hat sich das Land weiterentwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 1994 um 4,4%, aber im darauffolgenden Jahr ging es um 6,2% zurück. Das Jahr 1996 war mit 5,1% wiederum ein Wachstumsjahr, genauso wie die Jahre 1997 (6,7%), 1998 (4,8%) und 1999 (3,7%). Die Bundesregierung und verschiedene Wirtschaftsfachleute hoffen, dass das BIP im Jahr 2000 um 4,5% wächst.

Insgesamt verzeichnete die mexikanische Wirtschaft während der Regierungszeit von Präsident Zedillo (Dezember 1994 – Dezember 2000) ein positives Wachstum. Aber all dies war auch mit Kosten verbunden. Die Restriktionen, die die Regierung zur Bekämpfung der Krise von 1995 erlassen hatte, bedeuteten für die Lohnabhängigen ein starkes Opfer. Aus Schaubild 4 wird die Entwicklung der Verbraucherpreise und der Mindestlöhne deutlich. Natürlich handelt es sich dabei um zwei ökonomische Variablen, die sich unabhängig voneinander entwickeln. Aber bereits die grafische Darstellung der jeweiligen Wachstumsraten lässt erkennen, mit welchen Schwierigkeiten die weniger Glücklichen in Mexiko zu kämpfen hatten, um der Krise der vergangenen Jahre die Stirn zu bieten.

In den ersten fünf Jahren der Regierung Zedillo verdreifachten

sich die Preise, während sich die Löhne lediglich verdoppelten. Um es noch präziser auszudrücken: während die Preise zwischen Januar 1995 und Januar 2000 um 292% stiegen, betrug die prozentuale Zunahme der Löhne im gleichen Zeitraum lediglich 207%. Von 10 Millionen regulären Lohnempfängern erhalten nur etwa zwei Millionen den allgemeinen Mindestlohn. Die übrigen Löhne werden in Tarifgesprächen ausgehandelt und wachsen manchmal – nicht immer – schneller als der Mindestlohn. Infolgedessen sollte Schaubild 4. nicht als symptomatisch für die Situation aller mexikanischen Arbeiter betrachtet werden, wohl aber für die Situation der Ärmsten unter denen, die ein normales Einkommen beziehen.

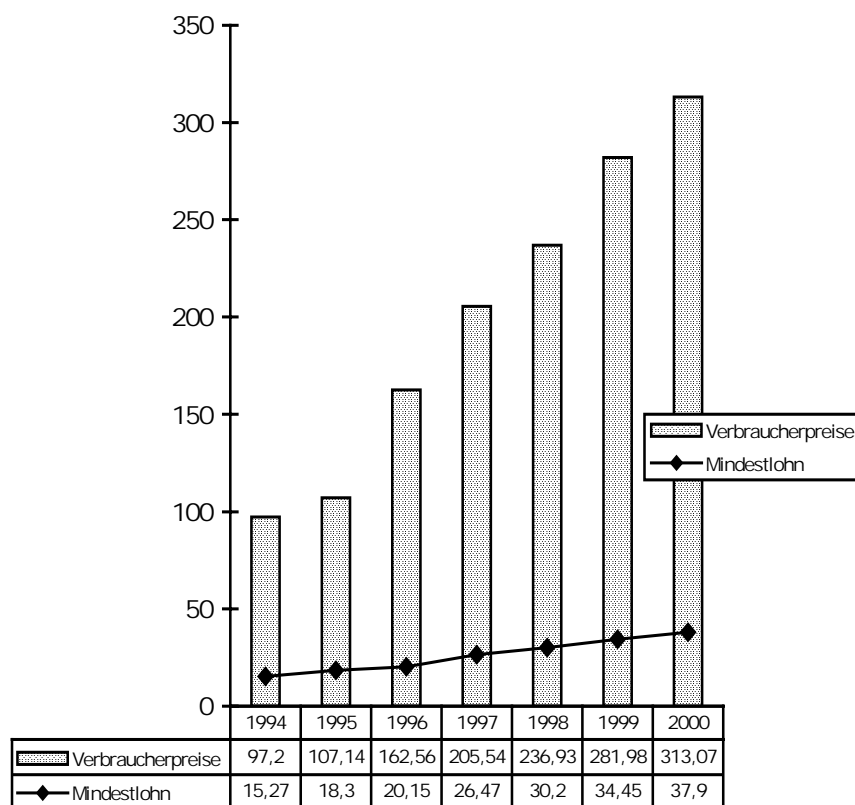
Eine andere Methode zum Vergleich der Löhne besteht darin, sie in Dollar umzurechnen. Im Januar 1995 entsprach der monatliche Mindestlohn eines Arbeiters 101,6 Dollar, im Januar 2000 waren es 117,8 Dollar. Wie gesagt, die Preise wuchsen weit aus stärker als die Löhne, aber der Vergleich auf Dollarbasis zeigt, dass es der mexikanischen Regierung in diesen Jahren gelang, den Wechselkurs ohne größere Schwankungen zu stabilisieren, und zwar unterhalb der Inflationsrate.

Die Experten liefern sich heftige Diskussionen, wenn es um das Ausmaß und die Ursachen der Armut in Mexiko geht. Wir wollen auch diese Kontroverse hier nicht wiederholen. Eine neuere Schätzung geht davon aus, dass 44% der Mexikaner (von einer

Bevölkerung, die für das Jahr 2000 auf 100 Millionen Menschen kalkuliert wird), in Armut leben. Davon befinden sich 28% in einer Situation der extremen

Armut und 15% in einer Situation mittlerer Armut. Diese Daten beziehen sich auf das Jahr 1999.

Schaubild 4: Verbraucherpreise und Mindestlöhne 1994-2000



Quelle: a) Verbraucherpreise: Instituto Nacional de Estadística, Geografía e Informática; Juli 1994 = 100; b) Mindestlöhne: Information auf der Grundlage von Dokumenten der Comisión Nacional de los Salarios Mínimos.

Im Jahr 1989 lebten 19% der Mexikaner in extremer Armut und 29% in mittlerer Armut, d.h. in den vergangenen zehn Jahren hat die extreme Armut um 50% zugenommen, während die mittlere Armut etwa im gleichen Ausmaß zurückgegangen ist. Der Anteil der nicht als arm geltenden Mexikaner erhöhte sich von 52% auf 57%, wobei es innerhalb dieser Gruppe selbstver-

ständig erhebliche Einkommensdifferenzen gibt.¹

¹ Daten von Banamex-Accival auf der Grundlage von Schätzungen des INEGI und der CEPAL, publiziert in *Este País*, Número 102, México, September 1999.

Grundsätzlich beurteilt die mexikanische Bevölkerung die Präsidentschaft von Ernesto Zedillo positiv. Die PRI hofft darauf, von dem positiven Image des Präsidenten stimmenmäßig profitieren zu können. Aber die mexikanische Gesellschaft hat gelernt, zwischen dem Präsidenten und der PRI zu unterscheiden. Dafür ist nicht zuletzt Zedillo selbst verantwortlich.

6. Unterstützung für den Präsidenten, aber nicht für seine Partei

Die Zahl der Armen in Mexiko ist zurückgegangen. Aber die Anzahl der extrem Armen hat zugenommen. Genauso wie in der Wirtschaft ist es auch in der Gesellschaft zu polarisierenden Tendenzen und nicht zu einer gerechteren Verteilung der Ressourcen gekommen. Trotz zahlreicher Schwierigkeiten ist die mexikanische Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren nicht zusammengebrochen. Die Investitionstätigkeit nimmt zu, die Handelsverträge – ohne dass es sich dabei um ein Allheilmittel für das mexikanische Wachstum handeln würde – verweisen auf eine vielversprechende Zukunft. Gleichzeitig wächst die Armut.

Welche politischen Konsequenzen ergeben sich aus dieser Situation? Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten, unter anderem deshalb, weil man die mexikanische Gesellschaft nicht mehr als ein einziges Konglomerat aus homogenen Interessen und Konflikten betrachten kann. Stattdessen äußern verschiedene Segmente dieser Gesellschaft unterschiedliche politische Forderungen und Zustimmungsbekundungen.

Grundsätzlich beurteilt die mexikanische Bevölkerung die Präsidentschaft von Ernesto Zedillo positiv. Eine vierteljährliche Befragung der Tageszeitung *Reforma*, die auf einer repräsentativen Stichprobe der Gesamtbevölkerung basiert, ermittelt die Beurteilung des Präsidenten auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut). 1995, in ei-

nem wirtschaftlich äußerst schwierigen Jahr, kam Zedillo auf eine durchschnittliche Beurteilung von 5,5. 1996 stieg sie auf 5,7, 1997 und 1998 betrug sie 6,5. Im Jahr 1999 erteilten die Bürger dem Präsidenten eine Note von 6,8, und im März 2000 lag Zedillo bei 7,2.

Die PRI hofft darauf, von diesem positiven Image des Präsidenten stimmenmäßig profitieren zu können. Aber die mexikanische Gesellschaft hat gelernt, zwischen dem Präsidenten und der PRI zu unterscheiden. Dafür ist nicht zuletzt Zedillo selbst verantwortlich.

In seinen ersten Regierungsjahren betonte Ernesto Zedillo regelmäßig, dass er nicht mehr wie frühere Präsidenten seine Partei dominiere. Auf der Suche nach einer größeren Autonomie sprach der Präsident wiederholt von einer „heilsamen Distanz“ zwischen sich selbst und der PRI. Wenn sich die traditionell regierungsabhängige PRI nicht zu einer authentischen politischen Organisation entwickle, bestehe die Gefahr, dass die Partei wirkungslos werde und verschwinde. Viele Führungspersönlichkeiten der PRI wollten ihm nicht glauben, und in jeder schwierigen Situation konsultierten sie ihn um zu erfahren, welche Entscheidung sie zu treffen hätten. Aber zumindest ein Sektor der Gesellschaft nahm den Präsidenten beim Wort, als dieser von einer größeren Distanz zwischen Regierung und Partei sprach. Infolgedessen wählten viele Bürger, selbst wenn sie mit der Regierung sympathisierten, andere Parteien. Nur so ist bei-

spielsweise zu erklären, warum die Bürger Zedillo nur wenige Wochen vor den Parlamentswahlen vom Juli 1997 eine Beurteilung von 6,5 (auf einer Skala von 1-10) erteilten, während die PRI bei diesen Wahlen lediglich 39% der Stimmen erhielt.

7. Zehn Millionen Bürger beteiligen sich an den Vorwahlen der PRI

Die PRI hat sich um eine Erneuerung bemüht. Dabei haben ihre führenden Köpfe bemerkt, wie enorm schwierig es ist, eine derart archaische Struktur konservativer politischer Praktiken zu modernisieren, wie sie die Partei der Institutionalisierten Revolution darstellt. Die Veränderungen waren nicht nur symbolischer Natur. Erstmals in der Parteigeschichte wurde der Präsidentschaftskandidat nicht direkt durch den amtierenden Staatspräsidenten bestimmt, sondern im Verlauf einer Wahl, die allen Bürgern offen stand, die sich daran beteiligen wollten.

Am 7. November 1999 machten sich etwa 10 Millionen Bürger auf den Weg an die im ganzen Land aufgestellten Urnen, um den Präsidentschaftskandidaten der PRI zu bestimmen. Etwa 61% der Stimmen entfielen auf Francisco Labastida Ochoa, einen bekannten Politiker, der im Rahmen seiner Politikerlaufbahn unter anderem Innenminister, Landwirtschaftsminister, Bergbau- und Industrieminister, Gouverneur von Sinaloa und Botschafter in Portugal gewesen ist und darüber hinaus eine Reihe weiterer Ämter bekleidet hat. Labastida gewann bei der Vorwahl mehr als 90% der 300

Wahlbezirke, womit er über jeden Zweifel erhaben als Präsidentschaftskandidat der PRI feststand.

Drei weitere Politiker beteiligten sich an der Vorwahl. Roberto Madrazo Pintado, Gouverneur von Tabasco, der als Vertreter der PRI-Hardliner gilt, lieferte sich mit Labastida eine enorme Werbeschlacht und erhielt knapp drei Millionen Stimmen. Von untergeordneter Bedeutung blieben die Kandidaturen von Manuel Bartlett Díaz, Ex-Gouverneur von Puebla, sowie von Humberto Roque Villanueva, ehemals Parteivorsitzender der PRI.

Die Vorwahlen verliehen Labastida ein Ausmaß an gesellschaftlicher Legitimation, wie es kein anderer Präsidentschaftskandidat der PRI jemals hatte. Außerdem erlaubten sie ihm, seinen Wahlkampf bereits lange vor dem offiziellen Startschuss einzuläuten. Der Wahlkampf beginnt in Mexiko offiziell im Januar, wenn die oberste Wahlbehörde die Registrierung der Präsidentschaftskandidaten für die im Juli stattfindenden Wahlen bestätigt. Was folgt, ist ein Wahlkampf, der mit mehr als sechs Monaten länger dauert als in vielen anderen Ländern. Da der Kandidat der PRI bereits seit Juni 1999 um die Sympathien der Mitglieder und Anhänger seiner Partei kämpfen musste, wird er bis zu den Wahlen am 2. Juli 2000 mehr als ein Jahr Wahlkampf absolviert haben.

Sein wichtigster Konkurrent, Vicente Fox Quesada, begann seine Kampagne Mitte 1998, als er noch Gouverneur von Guanajuato war. Er verzichtete auf dieses

Am 7. November 1999 machten sich etwa 10 Millionen Bürger auf den Weg an die im ganzen Land aufgestellten Urnen, um den Präsidentschaftskandidaten der PRI zu bestimmen. Etwa 61% der Stimmen entfielen auf Francisco Labastida Ochoa.

Die Mitte Mai 2000 – sieben Wochen vor den Wahlen - verfügbaren Umfragen zeigen, dass die beiden wichtigsten Kandidaten in der Wählergunst sehr dicht beieinander liegen, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen.

Amt erst, als seine formale Registrierung als Präsidentschaftskandidat der PAN näher rückte.

Der dritte wichtige Kandidat bei den bevorstehenden Wahlen, Cuauhtémoc Cárdenas Solórzano, befindet sich gewissermaßen seit 1987 im Wahlkampf. Damals bewarb er sich zum ersten Mal um die Präsidentschaft.

8. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen PAN und PRI

Die PRI hat ihre internen Partizipationsmechanismen verändert, weil sie versuchen musste, die Zustimmung großer Teile der mexikanischen Gesellschaft zurückzugewinnen. Im Laufe der Zeit hatte die Partei immer mehr Wählerstimmen an andere Parteien verloren.

Die Mitte Mai 2000 – sieben Wochen vor den Wahlen - verfügbaren Umfragen zeigen, dass die beiden wichtigsten Kandidaten in der Wählergunst sehr dicht beieinander liegen, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen.

Die PRI hat mehrere Umfragen des international renommierten Instituts *Pearson* in ihrem Wahlkampf eingesetzt, die sich beträchtlich von den Daten der anderen Meinungsumfragen unterscheiden. Ende März ermittelte *Pearson* für Francisco Labastida einen Vorsprung von 16,8 Prozentpunkten gegenüber Vicente Fox. Die zugrunde liegende Befragung wurde zwischen dem 11. und dem 15. März auf der Basis von 1530 Interviews im ganzen Land durchgeführt. Demnach entfielen auf den Kandidaten der PRI 47,9% der Stimmenpräferenzen, auf Fox 31,1%, auf Cárdenas 12,7% und auf andere Kandidaten 1,4%.

Kandidaten 1,4%. 1,3% der Befragten sagten, dass sie keinem der Kandidaten ihre Stimme geben würden, 5,6% zeigten sich noch unentschlossen oder antworteten nicht.

Der Unterschied zwischen den von *Pearson* ermittelten Daten und denen anderer neuerer Untersuchungen ist seltsam. Das Institut verfügt über professionelles Prestige und der für die Studie zuständige Berater Stanley Greenberg gilt als seriöser Fachmann, dessen wissenschaftliches Werk in den Vereinigten Staaten Anerkennung genießt. Es ist nur schwer vorstellbar, dass *Pearson* und Herr Greenberg ihr professionelles Prestige aufs Spiel setzen, um der PRI die Genugtuung zu verschaffen, bei den Umfragen mehrere Punkte über den tatsächlich für sie geäußerten Wählerpräferenzen zu liegen. Offensichtlich haben die Probleme etwas mit der bei dieser Umfrage eingesetzten Methode oder mit Fehlern bei der Durchführung zu tun. Die von den Forschern eingesetzte Stichprobe überbewertet Bevölkerungssektoren, die eher zu einer Wahl der PRI tendieren, vor allem die ländlichen Gemeinschaften und die Mexikaner mit geringer Schulbildung. Infolgedessen ist die *Pearson*-Umfrage mit methodischen Fehlern behaftet, die zu einer Diagnose führen, welche ein schiefes Bild der mexikanischen Realität liefert.

Drei weitere Umfragen, die von anderen mexikanischen Tageszeitungen durchgeführt wurden, stützen sich gegenseitig, da sie zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Die Zeitung *Milenio* führte

zwischen dem 17. und 19. März eine Umfrage auf der Basis von 1.200 Interviews mit nationaler Reichweite durch. Das Ergebnis war eine Wahlabsicht für Labastida von 37%, Fox kam auf 35%, Cárdenas auf 15%. 2% der Befragten würden sich für andere Kandidaten entscheiden, 11% waren unentschlossen.

El Universal verpflichtete das Institut *Alduncín*, das auf der Grundlage von 1.483 Interviews in der ganzen Republik eine Befragung durchführte, allerdings mit dem Handicap einer sehr langen Durchführungszeitspanne, nämlich zwischen dem 2. und dem 14. März. Diese Studie ermittelte für Labastida eine Wahlabsicht von 39,6%, für Fox 35% und für Cárdenas 11,2%, bei 2,3% für andere Kandidaten und 11,9% Unentschlossenen. *El Universal* realisierte zwischen dem 6. und dem 23. April eine neue Umfrage. Die Ergebnisse lauteten: 32,1% für Labastida, 29,8% für Fox und 10,7% für Cárdenas.

Die Tageszeitung *Reforma* führte zwischen dem 17. und 20. März eine Umfrage auf der Basis von 1.533 Interviews mit einer Stichprobe von nationaler Reichweite durch. Sie ermittelte eine Wahlabsicht von 39% für Labastida, 32% für Fox, 11% für Cárdenas, 1% für andere Kandidaten und 17% Unentschlossene. *Reforma* kalkulierte unter Nichtberücksichtigung der Unentschlossenen die Zustimmungsraten für Labastida und Fox auf 47% bzw. 39%. Eine weitere, in der ersten Aprilhälfte durchgeführte Umfra-

ge ergab (ebenfalls unter Nichtberücksichtigung der Unentschlossenen) einen Rückgang der Präferenzen für Labastida auf 45% und einen Anstieg der Präferenzen für Fox auf 42%.

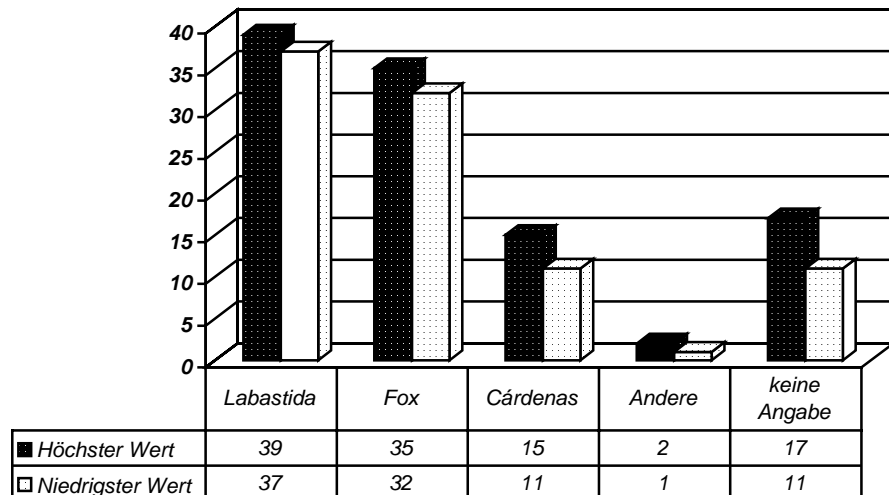
Trotz ihrer jeweiligen Besonderheiten gelangen die Umfragen von *Milenio*, *Alduncín-El Universal* und *Reforma* zu ähnlichen Ergebnissen. Im März führte Francisco Labastida demnach die Meinungsumfragen mit einer Zustimmung zwischen 37 und 39% an. Vicente Fox lag auf dem zweiten Platz, mit Präferenzraten zwischen 32 und 35% kam er dem PRI-Kandidaten jedoch sehr nahe. Die Differenz von 4 Punkten ist bei weitem geringer als die in der Umfrage von *Pearson* im Auftrag der PRI ermittelte Distanz von 17 Prozentpunkten. Cuauhtémoc Cárdenas käme demnach auf 11 bis 15%. Die übrigen Kandidaten könnten mit einem Stimmenanteil von 1-2% rechnen, wobei zum Zeitpunkt der Befragungen noch 11-17% unentschlossen waren.

In diesem Segment der Bürger, die noch unentschlossen sind oder nicht antworten möchten, könnten die Gründe für die beträchtlichen Abweichungen zwischen einzelnen Umfragen zu finden sein. Vor allem aber könnte dieser Personenkreis zum Zünglein an der Waage hinsichtlich des Ausgangs der Wahlen am 2. Juli werden.

Das folgende Schaubild zeigt die durchschnittlichen Wahlabsichten für die verschiedenen Kandidaten, wie sie in den geschilderten Umfragen ermittelt wurden.

Im März führte Francisco Labastida die Meinungsumfragen mit einer Zustimmung zwischen 37 und 39% an. Vicente Fox lag auf dem zweiten Platz, mit Präferenzraten zwischen 32 und 35% kam er dem PRI-Kandidaten jedoch sehr nahe.

Schaubild 5: Wahlabsichten gemäß Umfragen im März-April 2000



9. Eine Wahlniederlage der PRI?

In diesem mexikanischen Wahlkampf kann sich niemand sicher sein, dass die PRI die Wahlen am ersten Julisonntag gewinnen wird. Ebenso kann niemand mit Bestimmtheit feststellen, dass sie sie verlieren wird. Die beiden wichtigsten Kandidaten liefern sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Diese Situation ist für Mexiko derart ungewöhnlich, dass Francisco Labastida anlässlich einer Ende April durchgeführten Konferenz die Möglichkeit zugestand, dass es zu einer Niederlage seiner Partei „kommen könnte“. In diesem Fall, so spekulierte er, müsse die PRI sich auf einen Prozess parteiinterner Veränderungen einstellen. Zum ersten Mal gesteht ein Präsidentschaftskandidat dieser Partei die Möglichkeit einer Wahlniederlage ein. Gleichzeitig deutet Labastida jedoch an, dass sich die PRI in diesem Fall reformieren und einen Wiederaufstieg schaffen könne.

Die Ungewissheit ist ein fester Bestandteil der Demokratie. Die

Tatsache, dass wir Mexikaner heute, mehrere Wochen vor den Wahlen, nicht wissen, wer die Präsidentschaftswahlen gewinnen wird, ist die wichtigste unter den außergewöhnlichen Entwicklungen, durch die sich die neuere politische Entwicklung in diesem Land auszeichnet.

10. Stammwähler und Wechselwähler

Nicht alle Mexikaner teilen den Pessimismus Labastidas. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, zwischen 35 und 40%, ist nach wie vor der Ansicht, dass die PRI die Wahlen gewinnen kann und gewinnen muss. Einige von ihnen verteidigen die traditionelle politische Option aus Gewohnheit. Andere tun dies aus Bequemlichkeit. Und sicherlich gibt es diejenigen, deren Überzeugungen in dieser Partei beheimatet sind.

Aus welchen Gründen auch immer ist ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung nach wie vor als PRI-Anhänger zu bezeichnen und möchte dies auch bleiben. Einige betrachten diese Partei

Die Ungewissheit ist ein fester Bestandteil der Demokratie. Die Tatsache, dass wir Mexikaner heute, mehrere Wochen vor den Wahlen, nicht wissen, wer die Präsidentschaftswahlen gewinnen wird, ist die wichtigste unter den außergewöhnlichen Entwicklungen, durch die sich die neuere politische Entwicklung in diesem Land auszeichnet.

als das geringere Übel, verglichen mit der Unsicherheit oder den Risiken, die ein Triumph einer der anderen Optionen bedeuten würde. Andere sind davon überzeugt, dass das Land auch in Zukunft grundsätzlich dem eingeschlagenen Entwicklungspfad folgen müsse, trotz aller Unzulänglichkeiten.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die PRI bei den zweifellos demokratischen Parlamentswahlen von 1997 39% der Stimmen gewann, gegenüber 26,6% für die PAN und 26% für die PRD. Möglicherweise haben sich diese Präferenzen inzwischen verändert. Vor allem dürfte die PAN bei einer Präsidentschaftswahl, die in der Regel zu einer stärkeren Polarisierung zwischen den wichtigsten Optionen führt, ihr Wählerklientel auf Kosten von PRD und PRI vergrößern können.

Die meisten Bürger zeichnen sich durch eine gewisse Launenhaftigkeit im Hinblick auf ihre Wahlpräferenzen aus. So ist dies überall auf der Welt, und Dank der jetzt existierenden politischen Vielfalt eben auch in Mexiko. Jede Partei verfügt über eine soziale Basis und über ein Stammwählerpotenzial, das sich – unabhängig von politischen Wechselfällen – nur wenig verändert.

Es ist schwierig, mit Gewissheit zu sagen, wie umfangreich das Stammwählerpotenzial der einzelnen Parteien ist. Aber es scheint uns nicht übertrieben, von einem „harten Kern“ von etwa 10 Millionen PRI-Wählern auszugehen. Die treuen Wähler der PAN dürften etwa sieben Mil-

lionen ausmachen, und die der PRD etwa sechs Millionen.

Im kommenden Juli sind in Mexiko etwa 58 Millionen Bürger wahlberechtigt. Von ihnen dürften sich ungefähr 40 Millionen an den Wahlen beteiligen. Mehr als die Hälfte von ihnen gehört zum Stammwählerpotenzial der drei wichtigsten Parteien. Übrig bleiben etwa 17 Millionen Wechselwähler, deren Präferenzen nicht von vornherein einer Partei zugeordnet werden können.

Von den 17 Millionen Wechselwählern scheinen etwa 9 Millionen bereits entschieden zu haben, wem sie ihre Stimme geben werden. Rechnet man dieses Klientel zu dem Stammwählerpotenzial der einzelnen Parteien hinzu, so dürfte die PRI zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwa 13 Millionen Stimmen fast sicher haben, die PAN etwa ebenso viele. Die PRD scheint nicht viel mehr als ihre etwa sechs Millionen Stammwähler für sich gewonnen zu haben.

Somit bleibt ein Potenzial von etwa 8 Millionen Wählern übrig, die sich sechs Wochen vor der Wahl noch nicht entschieden haben. Diese Bürger, fast 20% derjenigen, die wahrscheinlich am 2. Juli zur Wahl gehen, dürften den Ausgang der Wahlen entscheidend beeinflussen. An sie richten sich die gegenwärtigen Bemühungen der Wahlstrategen, wobei man in der Endphase des Wahlkampfes für gewöhnlich zu immer destruktiveren Mitteln greift. Der mexikanische Wahlkampf des Jahres 2000 zeichnet sich weder durch besonders solide politische Programme noch durch originelle politische Vorschläge aus. Fast

Im kommenden Juli sind in Mexiko etwa 58 Millionen Bürger wahlberechtigt. Von ihnen dürften sich ungefähr 40 Millionen an den Wahlen beteiligen. Mehr als die Hälfte von ihnen gehört zum Stammwählerpotenzial der drei wichtigsten Parteien. Übrig bleiben etwa 17 Millionen Wechselwähler, deren Präferenzen nicht von vornherein einer Partei zugeordnet werden können.

Auf der Grundlage eines nicht allzu konkreten und in vielen Aspekten nicht einmal bekannten Regierungsprogramms pflegt Fox sich den Interessen seines jeweiligen Auditoriums anzupassen. Vor Unternehmern sagt er Unterstützung für industrielles Wachstum zu. Arbeitern verspricht er Lohnerhöhungen.

alle Präsidentschaftskandidaten offerieren den Wählern die gleichen Ideen, sieht man einmal von einigen leichten Nuancen ab.

Der Wahlkampf ist geprägt von Negativkampagnen. Nicht die eigenen Qualitäten und programmatischen Vorstellungen, sondern die Diffamierung der politischen Gegner dient dem Stimmenfang gegenüber den noch unentschlossenen Wählern. Gleichzeitig sind die Kandidaten darum bemüht, sich die Sympathien ihrer Stammwähler nicht zu verscherzen.

11. Der Ultra-Pragmatismus des Vicente Fox

Vicente Fox präsentiert sich als Vorkämpfer der Ehrenhaftigkeit, während er gleichzeitig der PRI langjährige und außerordentliche umfangreiche Korruption vorwirft. Er nimmt allerdings seine eigenen Vorschläge selbst nicht immer ganz ernst. Sein Ultra-Pragmatismus hat den PAN-Kandidaten unzählige Male dazu veranlasst, sich in Widersprüche zu verwickeln. Dies betrifft unter anderem die Privatisierung der Ölindustrie. Manchmal sagt Fox, dass er eine solche Maßnahme einleiten würde, bei anderen Anlässen aber versichert er, dass er so etwas nie tun würde.

Auf der Grundlage eines nicht allzu konkreten und in vielen Aspekten nicht einmal bekannten Regierungsprogramms pflegt Fox sich den Interessen seines jeweiligen Auditoriums anzupassen. Vor Unternehmern sagt er Unterstützung für industrielles Wachstum zu. Arbeitern verspricht er Lohnerhöhungen.

Im vergangenen Jahr war er zu Besuch in Kuba, und gegenüber

Fidel Castro äußerte er sich in den höchsten Tönen über die kubanische Revolution. Vor kurzem bezeichnete Fox seine politische Grundeinstellung gegenüber einer linken Tageszeitung als gemäßigt links. Für jedes Publikum hat er einen anderen Diskurs parat, aber diese Wandlungsfähigkeit hat ihn – ganz abgesehen von den damit verbundenen Widersprüchen – daran gehindert, einen die gesamte Gesellschaft ansprechenden Diskurs zu entwerfen.

In den vergangenen Wahlkampfwochen sah sich Fox dazu gezwungen, Standpunkte zu vertreten, durch die er sich ein wenig von diesem ambivalenten Stil entfernen musste. Anfang Mai sprach er sich in einem Brief an die katholischen Bischöfe gegen die Abtreibung und für die Wiederherstellung der vollständigen politischen Rechte für Priester aus, eine der heikelsten Angelegenheiten des öffentlichen Lebens in Mexiko.

Als ehemaliger Angestellter von Coca Cola, wo er nach eigenen Aussagen als Verkäufer begann und bis in die Geschäftsführung für Lateinamerika aufstieg, praktiziert Vicente Fox einen konservativen Populismus, der weitreichende Erwartungen bei denjenigen schürt, die die PRI als das wichtigste Hindernis für eine politische Modernisierung Mexikos betrachten. Ausgehend von dieser Überzeugung haben sich einige der führenden Köpfe der gesellschaftlichen und parteipolitischen Linken dem Wahlkampf von Fox angeschlossen. Sie haben ihre bisherigen ideologischen Ansichten über Bord geworfen, um an jener Aufgabe

mitzuarbeiten, die sie für prioritär halten: eine Niederlage der PRI.

12. Die Rückkehr der „Dinosaurier“?

Fox ist nicht der einzige Kandidat, der infolge seines Pragmatismus in eine schwierige Situation geraten ist. Francisco Labastida Ochoa hat sich während des Wahlkampfes in altbekannter Manier der PRI dadurch ausgezeichnet, dass er alle möglichen Versprechen machte, ohne zu erklären, wie all dies im Falle seines Wahlsieges finanziert werden soll. Seine Sorge galt dabei vor allem dem sozialpolitischen Bereich, aber ohne dass er sich zu einer aggressiveren Steuerpolitik oder zu einer gerechteren Einkommensverteilung verpflichtet hätte.

Der bekannteste Vorschlag des PRI-Kandidaten lautete, in allen Schulen Englisch- und Computerunterricht zu erteilen. Seine Gegner haben ihm vorgeworfen, er halte sich mit Detailfragen auf, während gleichzeitig in den ärmsten Gegenden Mexikos ein Mangel herrsche, der wesentlich dringender der Aufmerksamkeit bedürfe. Wie soll das funktionieren mit den Computern, hat man ihn gefragt, wenn viele Schulen überhaupt nicht über einen Stromanschluss verfügen? Einige seiner Gegner bemerkten ironisch: Was sollen die ärmsten Kinder denn mit Englischunterricht anfangen, außer dass sie Labastida e-mails mit der Nachricht *I'm hungry* schicken?

Dieser Vorschlag Labastidas wurde von den Mittelschichten und der Presse viel kritisiert. Aber alles deutet darauf hin,

dass die Idee bei den ärmsten Mexikanern nicht auf Entrüstung gestoßen ist, sondern Hoffnungen geschürt hat. Viele Leute sehen darin die Chance einer persönlichen Weiterbildung, die ihnen dabei helfen könnte, die Armut zu überwinden.

Darüber hinaus sind die Wahlvorschläge des Regierungskandidaten genauso unspezifisch wie die der übrigen Kandidaten. Wenn überhaupt einmal konkrete Aspekte angesprochen werden, dann ohne sich über deren Finanzierbarkeit zu äußern. Labastida hat versprochen, eine große Anzahl neuer Arbeitsplätze zu schaffen, aber wenn man ihn fragt, mit welchen Maßnahmen er dies zu tun gedenkt, so antwortet er, mit einer Reaktivierung der Bauindustrie – allerdings ohne zu verraten, welche Mittel dafür eingesetzt werden sollen.

Die Wahlkämpfe der einzelnen Kandidaten bauten sehr stark auf Images und nur wenig auf Ideen. Zwei Monate vor den Wahlen ist festzustellen, dass das wichtigste Ereignis bisher eine Fernsehdebatte der sechs Kandidaten am 25. April war, bei der jeder von ihnen lediglich über 14 Minuten Sendezeit verfügte, um seine wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen zu erläutern. Die beiden wichtigsten Kandidaten nutzten diese Gelegenheit nicht, um ihre Programme vorzustellen, sondern in erster Linie, um sich gegenseitig zu attackieren. Labastida beklagte sich über die Ausdrücke, mit denen Fox ihn während des Wahlkampfes kritisiert hat. „Er hat mich *chaparro*, *mariquita*,

Der bekannteste
Vorschlag des PRI-
Kandidaten lautete,
in allen Schulen
Englisch- und Com-
puterunterricht zu
erteilen. Wie soll
das funktionieren
mit den Computern,
hat man ihn ge-
fragt, wenn viele
Schulen überhaupt
nicht über einen
Stromanschluss
verfügen? Einige
seiner Gegner be-
merkten ironisch:
Was sollen die
ärmsten Kinder
denn mit Englisch-
unterricht anfan-
gen, außer dass sie
Labastida e-mails
mit der Nachricht
I'm hungry
schicken?

Der Wahlkampf von Cuauhtémoc Cárdenas befindet sich auf dem absteigenden Ast. Es müsste schon ein kleines Wunder geschehen, um ihn noch einmal in eine wirkliche Wettbewerbsposition gegenüber den beiden wichtigsten Kandidaten zu bringen. Cárdenas kämpft schon nicht mehr um die Präsidentschaft, sondern um politische Spielräume, die es der PRD erlauben sollen, so wenig Präsenz wie möglich auf der nationalen politischen Bühne einzubüßen.

mandilón genannt“,² beschwerte er sich. Fox war auf einen solchen Vorwurf vorbereitet und antwortete darauf mit einer schlagfertigen Bemerkung: „Mir kann man vielleicht das dumme Geschwätz abgewöhnen, aber Ihnen wird man die Korruption und den Trotz niemals austreiben können.“

Dieser Satz war die prägnanteste Aussage der ganzen Debatte und scheinbar führte sie dazu, dass Fox in den Meinungsumfragen Punkte gutmachte. Auf jeden Fall lies die Zustimmung für Labastida nach. Am Tag nach der Debatte kündigte der PRI-Kandidat eine Umstrukturierung seines Mitarbeiterstabes an. Mehrere für ihre autoritären und reformfeindlichen Einstellungen bekannte Persönlichkeiten aus der „alten“ PRI wurden in die Führung des Wahlkampfteams aufgenommen. Unter ihnen befinden sich alte politische Kazi-ken wie der mächtige Ex-Gouverneur des Staates Mexiko, Carlos Hank González, und die drei Rivalen, die Labastida bei den internen Vorwahlen um die Präsidentschaftskandidatur der PRI geschlagen hatte – Roberto Madrazo, Manuel Bartlett und Humberto Roque. Im vergangenen Jahr hatte sich Labastida von einigen dieser Politiker distanziert (im Jargon der mexikanischen Politik nennt man diese Leute „Dinosaurier“), aber Ende April musste er sie um Hilfe bitten, da sich die Chancen seiner Partei im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zusehends verschlechterten.

² *Chaparro* = Kurzer bzw. Zwerg; als „*Mariquita*“ bezeichnet man einen Weichling, als „*mandilón*“ einen Mann, der die Hausarbeit erledigt.

Vielleicht wird diese Unterstützung dazu beitragen, den Wettbewerb gegen Fox, dessen Aussichten sich Mitte Mai leicht positiv zu entwickeln schienen, erfolgreich zu bestehen.

13. Cárdenas und der Verlust des Oppositionsmonopols

Der Wahlkampf von Cuauhtémoc Cárdenas befindet sich auf dem absteigenden Ast. Es müsste schon ein kleines Wunder geschehen, um ihn noch einmal in eine wirkliche Wettbewerbsposition gegenüber den beiden wichtigsten Kandidaten zu bringen. Cárdenas kämpft schon nicht mehr um die Präsidentschaft, sondern um politische Spielräume, die es der PRD erlauben sollen, so wenig Präsenz wie möglich auf der nationalen politischen Bühne einzubüßen.

Sein Diskurs hat sich nicht verändert. Er stellt das politische System in Frage und distanziert sich von der durch die PAN und Fox repräsentierten Rechten, ohne jedoch eine klare Alternative zu bieten. Seine Opposition setzt weniger auf neue Ideen, als auf Moral und Symbolik. Aber zum ersten Mal, seit er vor 13 Jahren die PRI verließ, verfügt Cárdenas diesmal nicht mehr über das Erbe der Anti-System-Politik. Dies ist auf zwei neue Umstände zurückzuführen. Zum einen trägt die PRD, anders als dies bei früheren Wahlkämpfen der Fall war, inzwischen selbst in vielen Bereichen Regierungsverantwortung. Sie kann sich nicht mehr nur wie eine Oppositionspartei verhalten. Inzwischen sieht sie sich selbst für die von ihr zu verantwortende Politik in Staaten wie Zacatecas und Tlax-

cala und insbesondere im Hauptstadtdistrikt (*Distrito Federal*, DF) in der Kritik. Trotzdem scheint sich die PRD in der Hauptstadt von den Vorwürfen gegen die lokale Administration zu erholen und ihr dortiger Kandidat, Andrés Manuel López Obrador, führt die Meinungsumfragen an, wenn auch mit einem möglichen Nachteil. Seine Kandidatur wurde in Frage gestellt, weil er nicht wie vorgeschrieben in den letzten fünf Jahren seinen Wohnsitz in Mexiko-Stadt hatte. López Obrador versicherte zwar, er habe im DF gewohnt, aber es gibt Anzeichen dafür, dass er während der gesamten Zeit in Tabasco residierte, wo er sich auch an den Gouverneurswahlen beteiligte.

14. Die übrigen Kandidaten: Camacho, Muñoz Ledo und Rincón Gallardo

Der zweite Umstand, aufgrund dessen die PRD ihr Oppositionsmonopol eingebüßt hat, ist die Entstehung neuer Parteien, die sich für kleine, aber einflussreiche Segmente der Wählerschaft als attraktiver erweisen könnten.

Manual Camacho Solís, vor sechs Jahren noch einer der einflussreichsten Politiker der PRI, gründete die Partei des Demokratischen Zentrums (*Partido Centro Democrático*; PCD), der es gelang, die für eine Registrierung notwendigen knapp 80.000 Mitglieder zu registrieren. Trotzdem sind seine Wahlaussichten nicht besonders gut, und es wurde viel über die Möglichkeit spekuliert, dass Camacho seine eigene Kandidatur aufgeben könnte, um auf die eine oder andere Art und Weise Vicente Fox zu unterstützen.

Camacho war während der Regierungszeit von Carlos Salinas de Gortari Bürgermeister von Mexiko-Stadt und strebte nach der Präsidentschaftskandidatur der PRI. Als Salinas Luis Donaldo Colosio als Kandidaten benannte, wuchs Camachos Zorn. Er distanzierte sich schrittweise von der PRI und gründete einige Zeit später seine eigene Partei.

Parfidio Muñoz Ledo, der gemeinsam mit Cuauhtémoc Cárdenas 1987 die PRI verließ, um die PRD zu gründen, tritt im Jahr 2000 als Kandidat der Authentischen Partei der Mexikanischen Revolution (*Partido Auténtico de la Revolución Mexicana*, PARM) an, einer schwachen und nur wenig Prestige besitzenden Gruppierung. Sie wurde vor einem halben Jahrhundert gegründet, diente fast immer als Komparse der Regierung und ist jetzt darum bemüht, sich eigene politische Räume zu erobern. Muñoz Ledo ist eine der schillerndsten Persönlichkeiten der mexikanischen Politik. Er verfügt über ein spezielles Talent, sich auch noch an die schwierigsten Umstände anzupassen. Er ist auch der einzige Mexikaner, der Bundesvorsitzender von zwei Parteien war, von PRI und PRD. Er wollte im Jahr 2000 als Präsidentschaftskandidat der PRD antreten und als Cárdenas seine erneute Bewerbung ankündigte, kam es zum Bruch und zur Kandidatur Muñoz Ledos für die PARM. Mitte Mai bemühte er sich um eine Annäherung an Vicente Fox. Über seinen Vorschlag, sich dessen Wahlkampf anzuschließen, war zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts noch nicht entschieden.

Der zweite Umstand, aufgrund dessen die PRD ihr Oppositionsmonopol eingebüßt hat, ist die Entstehung neuer Parteien, die sich für kleine, aber einflussreiche Segmente der Wählerschaft als attraktiver erweisen könnten.

Der nächste mexikanische Präsident wird aus den Reihen der PAN oder der PRI stammen. Mit dieser neuen Perspektive verbindet sich das Risiko, dass sich ein Zweiparteiensystem herausbildet, welches die Machtausübung mit dem gleichen Nachdruck monopolisiert, wie dies die PRI sieben Jahrzehnte lang getan hat. Auch dies ist Teil der neuen demokratischen Ungewissheit, an die wir uns gewöhnen müssen.

Der andere Oppositionskandidat ist Gilberto Rincón Gallardo, ein langjähriger führender Kopf der Parteilinken, der vor kurzem die Partei Soziale Demokratie (*Partido Democracia Social*, PDS) gründete. Rincón gehörte zu den führenden Köpfen der PRD, bevor er sich nach Meinungsverschiedenheiten mit Cárdenas, dem er Caudillismus vorwarf, von der Partei trennte. Jetzt präsentiert er sich als Anführer einer Linken, die rational und modern sein möchte. Diese Option verfügt in der mexikanischen Gesellschaft nur über wenig Rückhalt. Aber angesichts der Polarisierung zwischen zwei Parteien, die 80% der Wahlabsichten auf sich konzentrieren, ist das Insistieren der PDS, dass es neben PRI und PAN auch noch andere Optionen gibt, vor allem bei jenen Bürgern auf Sympathie gestoßen, die keiner der traditionellen Parteien nahe stehen.

Am 25. April lieferten sich die sechs Präsidentschaftskandidaten ein Fernsehduell. Viele Beobachter waren der Ansicht, dass es vor allem Vicente Fox, der sich Labastida gegenüber aggressiv und fordernd zeigte, bei diesem Anlass gelungen sei, Pluspunkte zu sammeln. Aber für andere war Gilberto Rincón Gallardo der große Sieger der Debatte. Bis zu diesem Tag war er nur sehr wenigen Mexikanern bekannt, und Dank dieses Ereignisses nahm seine Präsenz auf der nationalen politischen Bühne deutlich zu. Der PDS-Kandidat überraschte viele Zuschauer durch seine seriösen Vorschläge und seine aufrichtige Haltung.

Jede Partei benötigt bei den Wahlen im Juni mindestens zwei

Prozent der Stimmen, um ihre Registrierung im Wahlregister zu behalten. Je nach Wahlbeteiligung sind dies zwischen 800.000 und 900.000 Stimmen. Nicht alle kleinen Parteien werden diese Schwelle überwinden können. Außerdem ist es gut möglich, dass ein oder zwei Kandidaten sich dem Wahlkampf von Fox anschließen. Wie in den zurückliegenden Jahren wird sich der entscheidende politische Wettbewerb auch bei diesen Wahlen auf zwei Parteien konzentrieren, und diese Polarisierung verringert für gewöhnlich die Chancen der kleinen Parteien.

15. Ist die mexikanische Transition beendet?

Der nächste mexikanische Präsident wird aus den Reihen der PAN oder der PRI stammen. Mit dieser neuen Perspektive verbindet sich das Risiko, dass sich ein Zweiparteiensystem herausbildet, welches die Machtausübung mit dem gleichen Nachdruck monopolisiert, wie dies die PRI sieben Jahrzehnte lang getan hat. Auch dies ist Teil der neuen demokratischen Ungewissheit, an die wir uns gewöhnen müssen.

Es gibt kein neues politisches System. Was ins Auge fällt, sind die Unzulänglichkeiten des bisherigen Systems. Die den Beziehungen innerhalb der politischen Klasse zugrundeliegenden traditionellen Regeln, Ausdrucksformen und Gewohnheiten funktionieren nicht mehr. Beispielsweise gibt es keine eindeutigen und zufriedenstellenden Mechanismen für die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive. Die Regionen und Staaten betrachten ihre wechselseitigen

Beziehungen als ungleichgewichtig, insbesondere aber die Beziehungen zum Zentrum des Landes mit der Hauptstadt Mexiko-Stadt.

Von einer mexikanischen Transition zu sprechen, führt für gewöhnlich auf ein sumpfiges Gelände. Der Begriff Transition ist vielfältig benutzt worden, in widersprüchlicher genauso wie in überzeugender Art und Weise. Als Transition zur Demokratie hat man jene Etappe bezeichnet, die Mexiko zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchläuft, oder, so sehen es andere, die Mexiko kürzlich abgeschlossen hat. Einige haben den Begriff benutzt, um zu betonen, wie sehr sich das Land vorher durch das Fehlen von Demokratie ausgezeichnet habe. Andere greifen auf ihn zurück, weil er die Idee von Entwicklung, Bewegung und Übergang in sich trägt. Viele andere haben den Begriff abgelehnt, weil sie davon ausgehen, dass wir bereits demokratische Zustände hatten oder weil der mexikanische politische Prozess ihrer Ansicht nach nicht mit den südamerikanischen oder europäischen Transitionen gleichgesetzt werden kann. Dort wurden die autoritären Regime durch offene, vollständig oder tendenziell demokratische, Systeme ersetzt, fast immer als Ergebnis eines Paktes zwischen den relevantesten politischen Kräften.

Gibt es gegenwärtig eine Transition in Mexiko? Handelt es sich um eine Transition zur Demokratie? Die diesbezügliche Debatte ist nicht nur akademischer Natur, denn von der Einschätzung der gegenwärtigen Situation hängen die Strategien der politi-

schen Akteure und ihre Vorschläge für die zukünftige Entwicklung des Landes ab – oder zumindest sollten sie davon abhängen.

Der Politologe Jesús Silva-Herzog Márquez hat in seinem Buch *El antiguo régimen y la transición en México* (Editorial Planeta / Joaquín Mortiz 1999) die These aufgestellt, dass die mexikanische Transition bereits beendet sei. Jetzt, so führt er aus, gehe es darum, die existierende Demokratie zu konsolidieren. Wenn diese Überlegung zuträfe, müsste sie zu einschneidenden Veränderungen des politischen Diskurses und selbstverständlich auch der politischen Analyse führen. Dabei haben wir es zunächst einmal mit dem Problem zu tun, dass es eine ganze Reihe von unterschiedlichen Definitionen von Transition gibt. Das geht so weit, dass es Protagonisten der mexikanischen Politik gibt, die davon überzeugt sind, wir befänden uns in einer Phase des Übergangs, aber nicht in Richtung einer Vertiefung oder Vollendung der Demokratie, sondern um sich ihrer mit fragwürdigen Absichten zu bedienen.

Es gibt unter den mexikanischen politischen Eliten genügend Beispiele für Personen, die zwar viel und gerne von Demokratie reden, die aber ein autoritäres Verhalten an den Tag legen, sobald sie ihre eigenen Interessen gefährdet sehen.

Silva Herzog Márquez geht davon aus, dass weniger eine Transition als vielmehr eine „Mutation“ stattgefunden habe. Aber diese Metamorphose ist weder derart schnell noch derart dras-

Gibt es gegenwärtig eine Transition in Mexiko? Handelt es sich um eine Transition zur Demokratie? Die diesbezügliche Debatte ist nicht nur akademischer Natur, denn von der Einschätzung der gegenwärtigen Situation hängen die Strategien der politischen Akteure und ihre Vorschläge für die zukünftige Entwicklung des Landes ab – oder zumindest sollten sie davon abhängen.

Misstrauen gegen-
über den allzu eifri-
gen Verfechtern der
These, die Transi-
tion zur Demokratie
sei bereits abge-
schlossen, ist auf
jeden Fall ange-
bracht, denn nur
allzu oft musste die
Transition als Eti-
kett für politische
Praktiken herhal-
ten, die mit Demok-
ratie sehr wenig
zu tun haben.

tisch, dass man davon ausgehen könnte, sie sei bereits definitiv abgeschlossen. Der Terminus „Transition“ wurde analytisch und politisch wiederholt zweckentfremdet, aber er ist nützlich, um den Weg zu beschreiben, den die Institutionen und die mexikanische Gesellschaft bereits zurückgelegt haben.

Man hat die politische Entwicklung der vergangenen Jahre als Transition zur Demokratie bezeichnet, weil man davon ausgeht, dass es sich dabei weder um einen abrupten noch um einen unerwarteten Wandel handelt, sondern um einen Vorgang, der einen Ausgangspunkt und einen Endpunkt aufweist. Zu Beginn der mexikanischen Transition existierten Institutionen, gesetzliche Rahmenbedingungen und politische Praktiken, die lange Zeit unentbehrlich waren, sich inzwischen jedoch als verbraucht erwiesen hatten. Es geht nun nicht darum, diese Institutionen vollständig zu ersetzen, vielmehr sollen sie als Ausgangspunkt für Reformen dienen.

Wenn Transition als die Suche nach Demokratie in der allgemeinen Bedeutung der Durchführung von Wahlen verstanden wird, ist sie selbstverständlich beendet. Aber allein die Tatsache, dass die Ungewissheit jetzt Bestandteil des politischen Wettbewerbs ist, reicht nicht aus, um von Demokratie zu sprechen.

Viele Bereiche des öffentlichen Lebens haben sich kaum verändert. Beispielsweise zeichnet sich die mexikanische Presse nach wie vor mehrheitlich durch die alten Praktiken des Verlautba-

rungs- und Gefälligkeitsjournalismus aus, auch wenn es die eine oder andere Zeitung geben mag, die Untersuchungen anstellt und kritische Fragen formuliert.

Misstrauen gegenüber den allzu eifrigen Verfechtern der These, die Transition zur Demokratie sei bereits abgeschlossen, ist auf jeden Fall angebracht, denn nur allzu oft musste die Transition als Etikett für politische Praktiken herhalten, die mit Demokratie sehr wenig zu tun haben.

Zieht man eine vorläufige Bilanz der bisherigen Entwicklungen, so sind neben der Anerkennung beträchtlicher Veränderungen zahlreiche unerledigte Aufgaben zu konstatieren. Selbstverständlich hat sich die mexikanische Politik in den vergangenen Jahren weiterentwickelt. Der langjährige Machtmissbrauch durch einen quasi absolutistischen Präsidentialismus wurde eingeschränkt, nicht zuletzt weil die mexikanische Gesellschaft dem Machtmissbrauch inzwischen weitaus weniger resigniert und ohnmächtig begegnet als früher. Wir verfügen über politische Parteien, deren Kompetitivität sich – bei allen Verzerrungen, Fehlern und programmatischen Schwächen – deutlich von der Hegemonie der früheren (Fast-)Einheitspartei unterscheidet. Trotz organisatorischer Mängel und einer inkonsistenten politischen Kultur ist die mexikanische Gesellschaft heute offener gegenüber einer Vielfalt von Optionen und Meinungen und weit entfernt von der de facto existierenden ideologischen Uniformität, unter der das Land lange Zeit litt. Die wichtigste Veränderung, obwohl

es auch in dieser Hinsicht widersprüchliche Entwicklungen gibt, betrifft die Wahlgesetze und -institutionen: Die Wahlen sind vertrauenswürdig und im allgemeinen transparent – und wenn es doch zu Unregelmäßigkeiten kommt, stehen den Betroffenen Wege und Instrumente zur Verfügung, um sich zu beschweren. Und diese Beschwerden bleiben auch tatsächlich nicht ungehört.

Gleichzeitig bestehen in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens autoritäre Strukturen fort, an denen sich nicht einmal ansatzweise etwas geändert hat. Wir erwähnen an dieser Stelle lediglich zwei der rückständigsten Bereiche. Die Massenmedien, einmal ganz abgesehen davon, dass ihre ethische Gewissenhaftigkeit nur selten überzeugend ist, werden nach wie vor durch rückständige, unzureichende und ineffiziente Gesetze reguliert. Da die amtierende Regierung der Ansicht ist, dass es keinerlei Modifikation geben darf, bestehen die überkommenen Willkürpraktiken bei der Behandlung der Medien fort. Die Gewerkschaften bleiben mehrheitlich einem archaischen Korporatismus verhaftet, der zum Teil durch eine paternalistische und prämoderne Gesetzgebung gestützt wird.

Viele Dinge haben sich durchaus verändert, aber eben noch nicht in ausreichendem Maße. Vor allem wurde die politische Demokratisierung nicht durch eine vergleichbare gesellschaftliche Demokratisierung flankiert. Die ökonomische Ungleichheit spaltet nach wie vor die mexikanische Gesellschaft.

An dieser Stelle ist es notwendig, auf die Konzepte zurückzukommen. Wenn man als Transition denjenigen Prozess versteht, der zur Herausbildung politischer Demokratie führt, könnte man vielleicht davon ausgehen, dass Mexiko eine Etappe beendet hat – die Demokratisierung des Wahlregimes – und dass weitere Veränderungen in anderen Bereichen durchgeführt und konsolidiert werden müssen. Wenn Demokratie nicht nur eine für alle offene Politik bedeuten soll, sondern auch allgemeinen Wohlstand für die Mehrheit der Gesellschaft, dann ist es offensichtlich, dass diese Transition noch nicht beendet ist.

Selbst wenn wir davon ausgehen, dass sich die Transition lediglich auf den politischen Bereich bezieht, sind die dort existierenden Mängel so gravierend, dass es zumindest voreilig erscheint, einen Prozess für beendet zu erklären, der noch derart fragil ist und der sich durch derart viele Defekte und Mängel auszeichnet, wie dies für den jüngsten politischen Wandel in unserem Land zutrifft.

Inmitten eines langen Wahlkampfes ist die mexikanische Gesellschaft im Jahr 2000 Zeuge eines vielleicht entscheidenden Wandels ihres politischen Systems. Jede Prognose, wenn es denn überhaupt eine geben kann, muss durch zahlreiche Vorbehalte relativiert werden. Mexiko verfügt über vertrauenswürdige und kompetitive Wahlgesetze, aber weite Bereiche des öffentlichen Lebens werden nach wie vor durch autoritäre Strukturen und Verhaltensmuster dominiert. Die Massenmedien haben

Viele Dinge haben sich durchaus verändert, aber eben noch nicht in ausreichendem Maße. Vor allem wurde die politische Demokratisierung nicht durch eine vergleichbare gesellschaftliche Demokratisierung flankiert. Die ökonomische Ungleichheit spaltet nach wie vor die mexikanische Gesellschaft.

Die Praktiken des Machterwerbs haben sich in vielerlei Hinsicht bereits grundlegend verändert. Es steht noch aus, diese Veränderungen durch wechselseitige Toleranz und Respekt zwischen den politischen Akteuren zu ergänzen. Dazu ist eine nachdenkliche Haltung der mexikanischen Gesellschaft notwendig, damit die politischen Veränderungen nicht nur beobachtet, sondern auch gelebt werden.

sich etwas geöffnet, aber nicht immer verhalten sie sich gewissenhaft und ethisch. Die politischen Parteien entwickeln sich weiter und es tut ihnen gut, dass sie dazu gezwungen sind, miteinander in einen Wettbewerb zu treten. Aber in der mexikanischen Politik (wie überall, wo die Politik dem *marketing* untergeordnet wird) dominieren die Images gegenüber Diskursen und programmatischen Vorschlägen. Politische Allianzen entstehen nur auf der Grundlage von kurzfristigen Interessen und berücksichtigen keine programmatischen Kompromisse.

Die Praktiken des Machterwerbs haben sich in vielerlei Hinsicht bereits grundlegend verändert. Es steht noch aus, diese Veränderungen durch wechselseitige

Toleranz und Respekt zwischen den politischen Akteuren zu ergänzen. Dazu ist eine nachdenkliche Haltung der mexikanischen Gesellschaft notwendig, damit die politischen Veränderungen nicht nur beobachtet, sondern auch gelebt werden. Insbesondere ist man sich zu wenig der Notwendigkeit einer gewissen Reife bewusst, damit dieser Wahlkampf zur Konsolidierung beiträgt und nicht unter wechselseitigen Schmutzkampagnen leidet. Die Chancen für positive Veränderungen und innovative Durchbrüche sind groß. Die Risiken sind es ebenso.

Granja de la Concepción, Ciudad de México, Mai 2000

Übersetzung aus dem Spanischen: Peter Birle